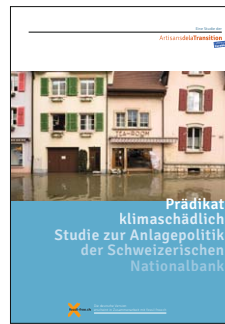




Marcel Hänggi:  
Null Gas. Null Öl. Null Kohle.  
Wie Klimapolitik  
funktioniert. Ein Vorschlag.  
Rotpunktverlag 2018.



Artisans de la Transition:  
Prädikat klimaschädlich.  
Studie zur Anlagepolitik der  
Schweizerischen Nationalbank.  
Freiburg/Fribourg 2018.

## Für einen konsequenten Klimaschutz

moneta-Leserinnen und -Leser kennen den freien Journalisten Marcel Hänggi bereits. Einem grösseren Publikum dürfte der Name auch bald bekannt sein: Der Zürcher Umweltjournalist und Buchautor verlangt mit einer Eidgenössischen Volksinitiative, dass der Bund die Ziele der Pariser Klimaübereinkunft in die Bundesverfassung schreibt und konsequent umsetzt. Die Trägerschaft der neuen Klimainitiative, die noch keinen Namen hat, befindet sich derzeit im Aufbau, den Initiativtext gibt es in einer provisorischen Fassung. Anfang 2019 soll die Unterschriftensammlung beginnen.

Zum Aktivisten wurde der Journalist im Nachgang der Pariser Klimakonferenz: «Als man in Paris vereinbarte, die Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad und wenn möglich auf 1,5 Grad zu begrenzen und die Treibhausgasemissionen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts auf netto null runterzubringen, war ich ziemlich euphorisch», erzählt Hänggi. «Endlich der Durchbruch», habe er gedacht. Bei einem Kurzinterview mit Bundesrätin Doris Leuthard kamen ihm aber erste Zweifel. Auf die Frage, wie der Bundesrat dieses Ziel erreichen wolle, antwortete sie: «Wir wären ja froh, wenn wir mit dem Zwei-Grad-Ziel auf Kurs wären.» Und: «Sie kennen ja unser Parlament...» Ferner: «Die Amerikaner (unter Obama – Anm. der Red.) sind ja auch dabei – denken Sie etwa, die meinen das ernst?» Hänggi schauderte.

Drei Jahre nach Paris sieht er sich in seinen Befürchtungen bestätigt: Die Schweiz hat 2015 das Null-Ziel zwar völkerrechtlich verbindlich unterzeichnet – aber in der aktuellen Klimapolitik scheint der konsequente Ausstieg aus den fossilen Energien weder beim Bundesrat noch im Parlament angekommen zu sein. Auch in einem aktuellen Klimabericht des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) können sich die Autorinnen und Autoren nicht darauf festlegen, ob die Erderwärmung nun «auf maximal 1,5 Grad Celsius» zu beschränken sei, wie es einleitend im Vorwort heisst, oder ob es um «die Einhaltung der 2-Grad-Obergrenze» geht. Auch dass der Bundesrat nach 2030 eine «deutlich weiter gehende Verminderung der Emissionen» anstrebe, zeigt: Das Null-Ziel ist nicht auf dem Radar. «Beim Bafu vermutlich schon», sagt Hänggi, «aber nicht im Bundesrat.»

Im Bericht des Bafu gibt es ein Kapitel zu Investitionen. Und da wird immerhin empfohlen: «Lassen Sie Ihre Geldanlagen nicht mehr in fossile Energieträger fließen!» (eb)

[www.mhaenggi.ch/klimainitiative](http://www.mhaenggi.ch/klimainitiative)

## Druck auf die Nationalbank

Ende April hat die Klima-Allianz Schweiz, zu der über 70 Organisationen gehören, die Schweizerische Nationalbank (SNB) dazu aufgerufen, sich aus ihren Investitionen in fossile Energien zurückzuziehen. Die Klima-Allianz argumentiert mit einem Bericht, den der Verein Artisans de la Transition kürzlich herausgegeben hat. Dieser wiederum beruht auf zwei neuen Studien: Die erste wurde von der internationalen Finanzberatungsfirma ISS-Ethix durchgeführt und zeigt auf, dass 2017 das öffentlich bekannte Anlageportfolio der SNB im Umfang von 92 Milliarden Franken für CO<sub>2</sub>-Emissionen von 48,5 Millionen Tonnen verantwortlich war. Dies ist mehr als der gesamte CO<sub>2</sub>-Ausstoss der Schweiz im Jahr 2016. 7,4 Milliarden Franken hat die SNB in Unternehmen mit besonders hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoss investiert. Hätte die Nationalbank diese Mittel desinvestiert und stattdessen in die klimafreundlichsten Unternehmen angelegt, hätte sie die mit ihrem Aktienportfolio verbundenen CO<sub>2</sub>-Emissionen halbieren und ihr Finanzergebnis für den Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2017 um 20 Milliarden Franken steigern können.

Die zweite Studie stammt von 2° Investing Initiative. Dieser globale Think-Tank hat ein Instrument entwickelt, mit dem sich messen lässt, inwiefern Finanzanlagen mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar sind. Gemäss dieser Studie ist der Anteil der SNB-Investitionen in erneuerbare Energien zu klein – er beträgt nämlich nur 11 Prozent ihrer gesamten Investitionen im Energiesektor, während die Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 2 °C das Doppelte erfordern würde. Bei den SNB-Anlagen im Automobilsektor sieht es gleich aus: 94 Prozent der Investitionen tätigt die Nationalbank im Bereich der Verbrennungsmotoren, während das Zwei-Grad-Szenario eine Reduktion auf 75 Prozent erfordern würde.

Die Nationalbank verwaltet ein Vermögen von 843,3 Milliarden Franken – im Vergleich: Die von den 1700 Schweizer Pensionskassen verwalteten Vorsorgegelder belaufen sich auf 834 Milliarden. Die SNB hat also ein enormes Gewicht, wenn es darum geht, Einfluss auf die Energiewende zu nehmen und den Finanzplatz Schweiz zur Einhaltung des Klimaabkommens von Paris zu bewegen.

Unterzeichnen Sie den Aufruf unter: [klima-allianz.ch](http://klima-allianz.ch) oder [fossil-free.ch](http://fossil-free.ch). (mr)

[www.artisansdelatransition.org/berichte.html](http://www.artisansdelatransition.org/berichte.html)